

Kolumbien-aktuell

No. 439 9. Oktober 2006

1. Menschenrechte

- **Über die Menschenrechtssituation im Departement Caldas**

2. Frieden

- **Braucht es eine verfassungsgebende Versammlung?**

3. Politik:

- **Journalismus und gute Regierungsführung in Lateinamerika**

4. Gastkolumnist

- **Gezänk um die schmutzige Wäsche**

Leitungsequipe:

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

Direktion:

Natalia Rey

Redaktion:

Alejandro Angulo S.J.; Natalia Rey; Camino Tamayo

Gestaltung der Website:

www.actualidadcolombiana.org

e-mail: actualidadcolombiana@cinpe.org.co

Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz

1. Über die Menschenrechtssituation im Departement Caldas

Carlos Eduardo Marín Ocampo, Direktor des ständigen Komitees für die Verteidigung der Menschenrechte in Caldas.

Der Direktor des ständigen Komitees für die Verteidigung der Menschenrechte in Caldas beklagt ernste Menschenrechtsverletzungen in seinem Departement. Entgegen dem was Regierungsbeamte behaupten, lässt die Realität viel zu wünschen übrig.

In der Zeit zwischen Oktober 2005 und September 2006, hat sich die Tendenz der Menschenrechtsverletzungen nicht verändert gegenüber der vorangehenden Periode.

Die Verletzung des Rechts auf Leben ist immer noch die schlimmste Bedrohung für unsere Bevölkerung. Die Paramilitärs, im Konkreten die Gruppe Frente Cacique Pipintá vom Bloque

Central Bolívar, haben ihre Waffen noch immer nicht niedergelegt. Diese Gruppe bedroht ländliche wie auch urbane Gegenden durch selektive Morde an Bauern, Kleinhändlern, Drogenhändlern und Kleinkriminellen und führt – wie sie es nennen – soziale Säuberungen durch.

Die Gemeinden welche am meisten unter diesen paramilitärischen Aktivitäten zu leiden haben, sind nach der Häufigkeit ihrer Aktionen Anserma, Filadelfia, Palestina, Aguadas, Pácora, Salamina sowie die Armenviertel von Manizales. Streifzüge der oben genannten Art wurden auch in den Gemeinden von Villamaría, Chinchina, Neira, Aranzazu und Marulanda registriert, wo kleine Landbesitzer und Händler der städtischen Gebiete erpresst werden. In den Armenvierteln von Manizales und im Sektor Las Galerias machen immer noch Flugblätter der AUC die Runde, in welchen diese ihr Einschreiten gegen die Konsumenten und Verkäufer von Drogen ankündigen.

Im Sektor von Páramo de Letras, an der Strasse von Manizales nach Bogotá, erpressen die Paramilitärs regelmässig die Reisenden. Dabei verhalten sie sich, wie wenn sie die Staatsgewalt selbst wären, kontrollieren die Identitätskarten und konfiszieren, sofern vorhanden, Mobiltelefone und Feuerwaffen.

Wir haben diese Vorfälle bei den Behörden und bei verschiedenen Menschenrechtsorganen angezeigt. Während einer Versammlung, die vom Hochkommissariat der Vereinten Nationen dieses Jahr in Medellín abgehalten wurde, ist jedoch nicht ein einziger Fall aus Caldas aufgeführt worden, welcher von den zuständigen Behörden anerkannt worden wäre. Gemäss dem Regierungssekretär des Departements ist Caldas eine Oase des Friedens.

Es gab einige Polizeiaktionen gegen die paramilitärischen Gruppierungen in der ländlichen Gegend von Manizales sowie in der Bergregion der Gemeinde Villamaría. Diese Aktionen haben zu einigen positiven Resultaten geführt, einschliesslich ein paar Festnahmen, bleiben jedoch insgesamt nach wie vor ungenügend.

Im gebirgigen Teil der Gemeinden Riosucio, Marmato und Supía, im westlichen Teil von Caldas und in Aguadas, Pácora und Marulanda, die ans Departement Antioquia grenzen, gibt es strategische Verschiebungsachsen der Guerilla. Das Bauernvolk dieser Zone lebt eingeschüchtert wegen dem Druck, den das Militär fortlaufend auf sie ausübt, indem es sie unterschiedslos als Verbündete dieser Gruppen in Verbindung bringt, sie festnimmt und bei den Behörden anklagt.

Aber der besorgniserregendste Fall des Departements ist und bleibt die Gemeinde Semana und ihr Weiler Florencia im Osten des Departements, an die Gemeinde Nariño in Antioquia angrenzend. Dort operieren sowohl die Guerillas sowie auch das Militär. In dieser Zone existieren illegale Drogenpflanzungen inmitten der Felder mit Lebensmitteln. Diese Gegend ist sehr arm und wird vernachlässigt, da sie so isoliert ist, es ihr an Strassen mangelt und die Behörden die Gemeinde verlassen haben. Es wird dort auch ständig mit der Bespühung der Gegend gedroht und teilweise wird der Mohnanbau von Hand ausgerottet.

Aus diesen Gründen ist der Konflikt ausgebrochen und der Boden wurde grossflächig mit Landminen versehen, was dieses Gebiet zu einem der meist verminten des Landes macht. Das Aufeinandertreffen von bewaffneten Gruppierungen hat dieses Jahr zwei grosse Vertreibungen in Richtung Zentrum der Gemeinde Norcasia zur Folge gehabt. Dieses Phänomen bringt schwerwiegende hygienische Probleme mit sich.

In letzter Zeit wurden in der Region mehrere Massengräber mit Überresten von Verschwundenen in dem Gebiet entdeckt. Auch dies ein Produkt des schmutzigen Krieges gegen die Zivilbevölkerung.

Während den Vertreibungen kam es zu mehreren Zusammenstößen zwischen den Vertriebenen und der Armee sowie der Polizei. Die Armee wurde angeschuldigt, Misshandlungen und andere gewalttätige Akte gegen die unbewaffnete Zivilbevölkerung begangen zu haben. Es muss klargestellt werden, dass die Angaben, die wir von dieser Konfliktzone haben, uns vom Büro des Menschenrechtsombudsmannes geliefert wurden, da die zivilen Behörden und die Armee dieses Dorf abgeschirmt halten, um vor den Medien und der öffentlichen Meinung im Allgemeinen behaupten zu können, dass in dieser Zone nichts Ungewöhnliches passiert und dass das Departement Caldas eine Oase des Friedens ist.

Die Zahl der Entführungen ist wesentlich zurückgegangen. Die Behörden haben einige Entführungen vereitelt und mehrere Opfer befreit. In der ländlichen Gegend von Manizales wurde eine Grossgrundbesitzerin ermordet, weil sie sich der Erpressung und Entführung widersetzte. Laut den Behörden sind die AUC dafür verantwortlich.

Der achtzigjährige Don Hernando Jaramillo Estrada, ein bekannter Händler und ziviler Führer von Manizales, welcher beim Eingang zu seinem Gut zwischen Manizales und Chinchiná verschwand, ist noch immer nicht wieder aufgetaucht. Dieses Verschwinden wird der gewöhnlichen Kriminalität zugeschrieben, doch wurde bis jetzt nichts getan um den Fall aufzuklären.

Die Befreiung eines Studenten mit dem Familiennamen Lizcano führte zu einem grossen Medienrummel in Radio und Fernsehen. Besagter Student ist ein Bruder eines Parlamentariers von Caldas und Sohn eines Ex-Parlamentariers, welcher vor sechs Jahren auch entführt wurde und von welchem man nichts weiss. Diese Familie gehört zur Klasse der korrupten Politiker, welche das Schicksal von Caldas schon seit Jahrzehnten bestimmen.

Vor ein paar Tagen wurde in einem Massengrab ein Student der Katholischen Universität von Manizales gefunden, welcher Anfang dieses Jahres entführt wurde. Aufgrund der Umstände wird auch diese Tat den AUC zugeschrieben, einer Gruppe, die sich in die Verwaltungen von mehreren Gemeinden wie La Merced, Salamina, La Dorada, Pensilvania und Marquetalia infiltriert hat. Gemäss dem, was man von den Einwohnern aus der Gegend hört, hat diese Gruppe auch Freunde im Rat von Manizales und in verschiedenen Gemeindeverwaltungen. Diese werden jedoch von niemandem formell angezeigt, aus Angst vor Vergeltungsschlägen.

Auf der anderen Seite wurden drei der festgenommenen und der Zugehörigkeit zu aufständischen Gruppen angeschuldigter Gewerkschafter, indigene Führungspersonen und Menschenrechtsverteidiger freigesprochen. Gegen die drei anderen läuft der Prozess weiter und gemäss Angaben ihrer Anwälte ist es sehr wahrscheinlich, dass sie verurteilt werden. Die Befreiten benötigen Schutz von Menschenrechtsorganen, da sie befürchten, Opfer von Vergeltungsschlägen der staatlichen Sicherheitskräfte zu werden.

Menschenrechtsverteidiger sowie soziale und Gewerkschaftsführer werden immer noch verfolgt.

Wie ihr sehen könnt ist die Menschenrechtssituation im Departement Caldas weder einfach noch ermutigend. Unser ständiges Komitee für die Verteidigung der Menschenrechte von Caldas ist immer wachsam, gibt frühzeitigen Alarm und reicht Klagen ein bei den

kompetenten Behörden einerseits und bei nationalen und internationalen Menschenrechtsorganen andererseits. Dies auch beim Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen, das sich besonders für unsere Situation interessiert hat.

2. Braucht es eine verfassungsgebende Versammlung?

Alexander Reina Otero, Politischer Analyst beim IPC

Das vermutlich Neuartigste im ganzen Hin und Her der Diskussion um ein humanitäres Abkommen ist die vermeintliche Absicht der Regierung, den FARC eine verfassungsgebende Versammlung vorzuschlagen.

Eigentlich ist es für eine Friedensverhandlung nichts grundlegend neues, haben doch sowohl die FARC wie auch das ELN verschiedene Vorschläge in diese Richtung gemacht, um den von ihnen vorgeschlagenen strukturellen Reformen eine grössere Legitimität zu geben. Das Neuartige ist, dass die Regierung anscheinend ein Interesse daran hat, die politische, soziale und wirtschaftliche Ordnung des Landes zu diskutieren. Dies ist auch bitter notwendig, den die Probleme sind offensichtlich.

Im Bereich der Politik haben wir ein Land, das seine Demokratie auf lokaler Ebene durch den Narcoparamilitarismus bedroht sieht. Die aktuelle Regierung hat diesem Narcoparamilitarismus bisher seine wichtigsten Machtinstrumente, das Geld und die Wahrheit über die politische und finanzielle Unterstützung, nicht einreissen wollen oder nicht entreissen können. Die Demokratie ist auch durch eine politische Klasse bedroht, die mit diesem neuen Machtfaktor ein Auskommen suchte um die Bevölkerung der sozialen Kontrolle zu unterwerfen. Oder sind die Daten im Computer von Jorge 40 etwa lediglich Verdachtsmomente? Und zudem fehlen ja noch die Datenbanken, die dem Land aufzeigen werden, welche Wirtschaftsverbände dieses grosse mafiöse Projekt der Aufstandsbekämpfung unterstützten oder noch immer unterstützen.

Auch im wirtschaftlichen Bereich sind die Aussichten nicht allzu ermutigend, denn obwohl wir ein Wachstum von vier bis sogar sechs Prozent pro Jahr erreichten, gibt es keine Anzeichen dafür, dass dieser Reichtum besser verteilt worden wäre. Dazu muss man nur die Studie des Zentrums für Entwicklungsstudien der Nationaluniversität und des Rechnungsprüfungshofes lesen, welche in einer minutiösen und tiefgründigen Studie nicht nur mit dem Mythos aufgeräumt haben, wonach wirtschaftliches Wachstum und tiefe Inflation gleichbedeutend mit Wohlstand für alle ist, sondern das Wachstum der kolumbianischen Wirtschaft während der ersten Regierung von Álvaro Uribe Vélez auch als ungenügend, unausgewogen, hoch konzentriert und nicht nachhaltig bezeichnet haben¹.

Wenn also in diesen beiden Bereichen das Panorama düster ist, so ist die Sache bei der Armee und den Sicherheitskräften auch nicht zuversichtlich stimmend. Denn nach der grossen Investition der Vereinigten Staaten mit dem Plan Colombia und dem Plan Patriota hat sich schlussendlich gezeigt, was nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen schon lange denunzieren: dass Kolumbien eine Armee, Sicherheits- und Nachrichtendienste wie die SIJIN und das DAS haben, die wenig Respekt für die Menschenrechte zeigen, Verbindungen zu den Paramilitärs haben und eine Geschichte voller dunkler Kapitel in Bezug auf den Drogenhandel aufweisen. Führen allenfalls die skandalträchtigen Informationen über falsche Erfolgsmeldungen oder der Tod von Zivilisten bei militärischen Einsätzen, oder die

¹ http://www.cid.unal.edu.co/control/publication_detail.php?id=1089

angeblichen terroristischen Attentate in Bogotá, oder das Massaker an 10 Elitepolizisten in Jamundi sowie die vielen anderen Fälle von so genannt freundschaftlichem Feuer zu einem Umdenken?

Vor diesem Hintergrund würde der Vorschlag einer verfassungsgebenden Versammlung eigentlich neuartig erscheinen, aber trotzdem erweckt dieser Vorschlag auch Verdacht. Es ist schwer zu glauben, dass diese Regierung, die mehr politische und wahlstimmenmässige Legitimität gegenüber der Mehrheit der realen Machtfaktoren des Landes hat als je eine Regierung zuvor, tatsächlich bereit ist, über Kernfragen zu diskutieren, z.B. bezüglich der Art und Weise wie sie versucht hat, sämtliche sozialen Transformationen zu verhindern, und dies zudem noch mit den FARC. Diese Kritik hat auch Enrique Gómez Hurtado² schon angebracht, als er in einem Brief an den Präsidenten diesem ein zu grosszügiges Angebot vorwarf.

Dieser ganze „gute Wille“ der Regierung sollte uns zu mehreren Fragen oder Anmerkungen Anlass geben. Erstens benutzt die Regierung das humanitäre Abkommen und die angeblichen Verhandlungen mit den FARC, um mehr Handlungsspielraum zu gewinnen gegenüber dem Tiefschlag, den die Skandale in der Armee, im DAS, der Computer von Jorge 40, der vertrackte Prozess mit den Paramilitärs und die Nichtbeachtung der Präsidialorder durch Vicente Castaño³ bedeuteten.

Zweitens scheint die Regierung zur Ansicht gelangt zu sein, dass dies der beste Moment für die Durchführung einer verfassungsgebenden Versammlung ist – mit oder ohne FARC – um die Absichtserklärungen ihres Ex-Innenministers Londoño zu Ende zu führen, nämlich die Verfassung von 1991 feierlich zu Grabe zu tragen. Diese fortschrittliche Verfassung musste schon Hundert Änderungsversuche über sich ergehen lassen, von denen sich 22 durchgesetzt hatten. Deshalb müssen sich insbesondere die Friedensbewegung und die sozialen Bewegungen des Landes berechnete Sorgen machen, denn es braucht nicht mehr viel, um die Grundessenz dieser Verfassung zu ändern: die, einen sozialen Rechtsstaat zu ermöglichen.

Deshalb komme ich zum Schluss, dass neuartige Vorschläge nicht immer das Beste sind und sich hinter gutem Willen nicht immer gute Absichten verstecken.

3. Journalismus und gute Regierungsführung in Lateinamerika

Fidel Cano, Direktor des “El Espectador”, fidelcano@elespectador.com

Den wichtigsten Beitrag zur guten Regierungsführung, welchen die Medien leisten können, ist einen guten Journalismus zu betreiben. Sie sollen als unabhängiges Kontrollorgan tätig sein und den Dialog in der Gesellschaft fördern.

“Was können die Massenmedien zur guten Regierungsführung in Lateinamerika beitragen?” Mit dieser Frage beschäftigte sich ein Panel über Massenmedien und Demokratie im Rahmen des internationalen Seminars “Demokratie und globale Ökonomie in Lateinamerika”, welches von der Stiftung *Agenda Colombia*, der Kolumbianischen Zentralbank und *Compensar* am vergangenen 27. September organisiert wurde. Im Folgenden stellen wir den Bericht von Fidel Cano, Direktor des “El Espectador” vor.

² Langjähriger herausragender konservativer Politiker, Sohn von Ex-Präsident Laureano Gómez.

³ Vicente Castaño, Bruder von Carlos Castaño, und mutmasslicher Befehlshaber für die Ermordung von Carlos, weigert sich bisher, sich nach La Ceja an den Ort der “Einschliessung” zu begeben. In La Ceja müssen die paramilitärischen Chefs unter Hausarrest in einer ehemaligen Ferienkolonie das weitere Prozedere des Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden abwarten.

„Ich werde diese “Beiträge” aufteilen in solche, welche ich als dem Journalismus zugehörig empfinde und in solche, welche zwar einen Einfluss auf die Regierungsführung haben, aber nicht eigentlich zur Tätigkeit eines Journalisten gehören.

Der erste Punkt der erstgenannten Beiträge, also zugehörig zum Journalismus, und gleichzeitig der offensichtlichste, ist die Kontrollfunktion, das Sichtbarmachen, der traditionelle “watchdog”. Medien, welche die Regierungen überwachen, tragen dazu bei, dass eine gute Regierungsführung existiert, sie schaffen die Bedingungen, dass sie möglich ist und in eine gute Richtung läuft. Wenn wir von Lateinamerika sprechen, müssen wir selbstverständlich von einer schwachen institutionellen Fähigkeit ausgehen, welche der Journalismus durch diese Kontrollfunktion ausgleichen muss. Es ist klar, dass derselbe institutionelle Mangel einen sehr verantwortungsbewussten Journalismus erfordert, weil im Gegenzug die Verlockung für den Journalismus sehr gross ist, die Institutionen zu ersetzen, was für den Journalismus ein grosser Schaden darstellen würde.

Der Journalismus soll informieren, das aufdecken, was jemand zu verbergen sucht, um Meinungen und Ideen zu bilden. Wenn aber jemand versucht, dem Journalismus Verantwortlichkeiten aufzudrängen, besteht die Gefahr, dass die hauptsächliche Funktion verloren geht.

Der zweite Beitrag der Massenmedien zur Stärkung der Regierungsführung und in meinem Konzept der wichtigste, ist die Fähigkeit, den Dialog und die Auseinandersetzung über Ideen in der Gesellschaft zu fördern. In einer Gesellschaft ohne Dialog und Auseinandersetzung ist gute Regierungsführung unmöglich. Und die Medien sind von Natur aus jener Ort, wo Dialog und Debatten möglich sind. Vor allem wenn wir von Lateinamerika sprechen, mit all diesen Veränderungsprozessen, die wir in ihrer Gesamtheit noch gar nicht völlig verstehen und auch nicht wissen, wohin sie führen werden, sind diese Dialoge und Debatten stark gefährdet. Ich glaube, in diesem Zusammenhang spielen die Massenmedien eine entscheidende Rolle für die gute Regierungsführung in Lateinamerika, als Ort, wo Ideen diskutiert und entwickelt werden.

Darüber hinaus sehe ich keine Beiträge, welche der Rolle des Journalismus in der Gesellschaft zugehörig wären. Der Journalismus soll informieren, das aufdecken, was jemand zu verbergen sucht, um Meinungen und Ideen zu bilden. Wenn aber jemand versucht, dem Journalismus Verantwortlichkeiten aufzudrängen, besteht die Gefahr, dass die hauptsächliche Funktion verloren geht. Klar gibt es andere Funktionen, die der Journalismus übernehmen kann, wenn er will, Funktionen, die er innerhalb einer demokratischen Gesellschaft erfüllen kann, aber sie dürfen nicht als Verantwortungsbereich des Journalismus betrachtet werden.

Wenn wir über den Beitrag der Medien zur guten Regierungsführung sprechen wird oft z.B. beabsichtigt, ihnen die Verantwortung für das Funktionieren der Programme aufzuerlegen, wie wenn sie Teil der Programme wären und diese Ziele ebenfalls die unsrigen wären. Manchmal versuchen die Medien das zunehmend schlechte Image zu verbessern, indem sie eben dieses Spiel mitmachen. Das klingt gut: Regierende und Massenmedien haben den gleichen Plan. Aber zu dieser Tendenz oder dieser “süssen Verführung” sage ich nur folgendes: Vorsicht, diese Strategie kann wie ein Beitrag zur guten Regierungsführung wirken, doch in Wirklichkeit bedroht sie die eigentliche Funktion des Journalismus und ist darum schädlich. Selbstverständlich können die Medien bei sozialen oder kulturellen Kampagnen und Anlässen oder ähnlichen Projekten mitarbeiten, aber nie dürfen sie erlauben,

dass die Ziele der Regierenden zu den ihren werden. Zusammen, aber trotzdem unabhängig. Jeder in seinem Bereich.

Oft wird den Medien die "bequeme Distanz", welche sie scheinbar zu den Problemen haben, vorgeworfen. "Es ist einfach zu kritisieren, ohne an den Lösungen arbeiten zu müssen" hört man häufig zu der scheinbaren Arroganz. Die Medien übernehmen soziale Verantwortung, indem sie Foren organisieren, sie werden AktivistInnen der guten Sache. Dazu gibt es nichts Schlechtes zu sagen, wenn sich diese Aktivitäten auf ein betriebliches Thema beschränken, wie dies jede andere x-beliebige Firma auch tut, die in der heutigen Zeit soziale Verantwortung übernimmt. Aber das ist nicht Journalismus. Es ist kein Bestandteil dieses Metiers.

Eine andere, weit verbreitete Kritik an den Medien ist deren Oberflächlichkeit oder, sogar noch schlimmer, deren Unfähigkeit, Ereignisse und Prozesse vorzusehen, weil sie sich darauf versteifen, immer die aktuellsten Themen aufzugreifen, und dabei die notwendige Distanz vermissen lassen. Zudem hängt dies mit dem falschen Glauben zusammen, über gute Regierungsführung zu berichten heisse, über die Regierenden zu berichten. Vor kurzer Zeit hat Tom Plate, ein Professor von der University of California UCLA und Kolumnist der Los Angeles Times, gesagt, dass "wenn die abendländischen Massenmedien wirklich ehrlich wären, würden sie die Kritiken akzeptieren, dass sie die wichtigsten Nachrichten unserer Zeit nicht vorhergesehen haben: den Untergang der Sowjetunion, die asiatische Finanzkrise und selbstverständlich den 11. September." Er hat total recht, die Medien müssen mehr proaktiv und nicht nur reaktiv sein. Z.B. gegenüber der Veränderung, welche Lateinamerika im Moment erlebt, stehen die Medien vor der enormen Herausforderung, sie zu verstehen, zu erklären und die möglichen Krisen kommen zu sehen. Trotzdem braucht es zwei Partner für den Tango. Ich glaube, die Verantwortlichkeit liegt viel mehr bei den LeserInnen der Medien als bei den Medien selber, zumal heute sehr viel an Information verfügbar ist. Damit wir Journalisten proaktiver sein können und nicht erst über das Feuer berichten, wenn die Feuerwehr bereits Wasser über das Gebäude schüttet, müssen die BürgerInnen die Passivität gegenüber dem, was wir ihnen bieten, ablegen und müssen mehr fordern von uns, so z.B. gut recherchierte Informationen.

An dieser Stelle kann ich mir eine kleine Anmerkung nicht verkneifen. Im "El Espectador" haben wir uns zum Ziel gesetzt, ausführlichere Information zu geben, sowie Kommentare zu schreiben. Auf diesem Weg wollen wir einen Beitrag leisten zur Regierungsführung in diesem Land, indem wir Ideen generieren und Debatten lancieren. Dies machen wir entgegen den empfohlenen Marketingstrategien, in einer Zeit, in welcher nach diesen Strategien die Menschen keine Lust haben, vertiefte Informationen zu erhalten, sondern kurze, konkrete, schnelle, leichte und unterhaltsame Texte wünschen. Das Resultat war für einige Marketinggurus überraschend und verheissungsvoll für jene, die glauben, dass die andere Person für den Tango existiert. Im "El Espectador" hat sich in diesen drei Jahren eine zunehmende kritisch denkende Masse gebildet, welche sich einverstanden zeigt mit dem Ziel. Und für mich gibt es keinen Zweifel daran, dass diese Masse in signifikanter Art und Weise die gute Regierungsführung in diesem Land beeinflusst hat.

Zum Schluss eine Binsenwahrheit: den besten Beitrag zur guten Regierungsführung, welcher der Journalismus leisten kann, ist guten Journalismus zu betreiben, zu kontrollieren und unabhängig Ideen zu diskutieren. In Lateinamerika heisst das konkret - in Anbetracht der Schwäche von Institutionen, der Ungeduld der BürgerInnen, die Probleme schnell lösen zu wollen und der ständigen Bedrohung durch den Totalitarismus -, dass der Journalismus diese zentrale Aufgabe nicht aus den Augen verlieren darf, um sich nicht von flüchtigen

Paradiesvögeln verzaubern zu lassen. Die Regierenden lieben es, die Schuld für ihr Scheitern den Medien in die Schuhe zu schieben.

4. Gezänk um schmutzige Wäsche

Pedro Páramo

Wird der „Teflon-Effekt“⁴ des Präsidenten Uribe all diesen vernichtenden Skandalen standhalten können?

Was der Computer von Jorge 40 (seit sieben Monaten in den Händen der Staatsanwaltschaft) enthüllt, ist nicht die Hilfeleistungen der Politiker der Küste an die Paramilitärs, denn dies wurde schon ein Jahr vorher von Gustavo Petro (Parlamentarier des Polo Democrático) aufgedeckt und war schon seit langem vox populi. Was dieser neue Skandal jedoch belegt, ist der Wirrwarr von Widersprüchen zwischen Paramilitärs, staatlichen Sicherheitsorganen und der Politikklasse. Mit den vor kurzem erfolgten Enthüllungen der Staatsanwaltschaft trat der andere Skandal, in den sich die Staatsanwaltschaft wegen des Falles des Parapsychologen verwickelt sah, in den Hintergrund. Die Entdeckungen im Computer von Jorge 40 wurden aber auch verwendet, um einen noch grösseren Skandal zu verschleiern. Der Skandal nämlich über die falschen Erfolgsmeldungen – „falsos positivos“ - der Armee im August, als deren Nachrichtendienst terroristische Attentate vereitelte, welche von ihnen selbst inszeniert wurden. Informationen der Presse und Meinungskolumnen behaupteten, dass diese Information von der Polizei den Medien zugespielt wurde, als Rache für das Massaker an zehn Polizisten durch die Armee in Jamundí, wo auch eine Ladung Kokain im Spiel war, und sich an ähnliche Vorfälle in Guitarilla, ein paar Jahre vorher, anschloss.

Auch wenn in allen Regionen von Kolumbien eine Allianz zwischen Politikern und Paramilitärs besteht, der Fall an der Atlantikküste war einer der blutigsten, was auch der Computer von Jorge 40 einmal mehr bestätigt. Die Allianz von Drogenhändlern, Paramilitärs und Grossgrundbesitzern wurde während der letzten fünfzehn Jahren ausgeweitet auf Kosten der Bauern und Indigenen, welche zu Tausenden ermordet und vertrieben wurden. Das Beispiel der Sierra Nevada von Santa Marta –dem Imperium von Jorge 40- war eines der schmerzvollsten, einerseits wegen der aussergewöhnlich hohen Zahl von Menschenrechtsverletzungen, andererseits weil der grösste Teil der Opfer Angehörige der folgenden indigenen Gemeinschaften waren: Koguis, Arhuacos, Wiwas und vor allem der Kankuamos. Mehr als 320 Kankuamos wurden in weniger als einem Jahrzehnt ermordet und Tausende wurden vertrieben, vor allem unmittelbar nach der Entführung und dem Tod der Ex-Ministerin Consuelo Araujo.

Auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene werden schon seit langer Zeit Anklagen wegen der Gewalttätigkeit gegen die indigene Bevölkerung vorgebracht. Die Staatsorgane unternehmen jedoch nicht wirklich etwas dagegen, dies vor allem auch wegen des tief greifenden Einverständnisses der Politikklasse, der Sicherheitsorgane und der Staatsgewalt mit dem Paramilitarismus. Diese Tatsache bezeugen auch das Beispiel der Atlantikküste und Beispiele aus anderen Regionen des Landes.

Die militärische Antwort des Staates auf den bewaffneten Konflikt summiert sich zur paramilitärischen Gewalt und der Gewalt der Guerilla, was die Situation der Bauern und der indigenen Bevölkerung weiter verschlimmert. Dies nicht nur in den Küstengebieten, sondern auch an der Peripherie, vor allem auf indigenem Gebiet, auf welchem sich der Krieg sowie

⁴ Teflon-Effekt bedeutet, dass an Uribe alles abprallt, dass ihm die Skandale in seinem Umfeld persönlich nichts anhaben können, so wie in einer Teflonpfanne eben nichts anbrennt.

illegale Pflanzungen immer mehr ausweiteten. In den letzten drei Jahren entstanden sechs neue Hochgebirgsbataillons auf indigenem Gebiet. Die Menschenrechtsverletzungen haben aber, anstatt zurückzugehen, beträchtlich zugenommen. „Im Jahr 2003 wurden 175 Verbrechen auf Indigene ausgeübt, im 2004 wurden 189 Indigene ermordet, im 2005 waren es 104 und im 2006 belief sich die Zahl der Tötungen auf achtzehn, zwei davon durch Landminen“⁵. Das Schlimmste ist, dass laut einer Studie der ONIC, 92% der zwischen Januar und Juni 2006 verübten Menschenrechtsverletzungen an Indigenen von der Staatsgewalt begangen wurden⁶. Was bleibt denn nun den Indigenen ausser dem zivilen Widerstand gegen all die Beteiligten am bewaffneten Konflikt?

“Wenn sogar zwischen Gentlemen Abkommen zu Bruche gehen, so muss das Resultat von Allianzen und Geschäften zwischen Bösewichten, für die das einzige Gesetz aus Betrug und Rache besteht, noch viel schlimmer sein...”

Angesichts der Zunahme der Gewalt und des Mangels an Schutz durch den Staat, haben die indigenen Organisationen von Kolumbien, welche sich zum indigenen Friedensrat zusammengeschlossen haben, eine internationale Überwachungsmission für die humanitäre Situation und die Menschenrechte der indigenen Bevölkerung verlangt. Die Mission wurde zwischen dem 19. und 29. September 2006 durchgeführt. Sie hat fünf Regionen Kolumbiens besucht: Sierra Nevada, Alto Sinú (Córdoba), Arauca, Cauca und Guaviare. In ihrem abschliessenden Bericht bestätigt die Mission, dass „die Massnahmen, welche im Rahmen der demokratischen Sicherheitspolitik des Präsidenten Alvaro Uribe getroffen wurden (...) in den indigenen Gemeinschaften und Gebieten zusätzliche Auswirkungen haben, welche eine Zunahme der Verletzungen von fundamentalen Rechten zur Folge haben“. Bezug nehmend auf die an die kolumbianische Regierung gerichteten Empfehlungen des ausserordentlichen Berichtserstatters der Vereinten Nationen für die Menschenrechte der indigenen Bevölkerung, des Soziologen Rodolfo Stavenhagen, stellt die Mission fest, dass besagte Empfehlungen „von den Regierungs- und Staatsbehörden nicht in geeigneter und wirksamer Form berücksichtigt wurden“⁷.

Die demokratische Sicherheitspolitik ist weit davon entfernt, die Aufständischen zu besiegen, mit dem Paramilitarismus Schluss zu machen, dem Land den Frieden zurückzubringen und all den Opfern der Gewalt Gerechtigkeit zukommen zu lassen. Auch die Aufständischen werden weder mit dieser Politik Schluss machen können, noch werden sie eine Garantie sein für die Gemeinschaften, da die Morde und Verletzungen des Humanitären Völkerrechtes nicht aufhören. Die Politik des Präsidenten Uribe nutzt sich selbst ab wegen der internen Zerrüttung der Sicherheitsorgane, der Korruption und den internen Widersprüchen der Politikklasse. Dazu kommt die Straflosigkeit der Paramilitärs und das Gezänke um die *schmutzige Wäsche*, welches immer stärker in den Medien durchsickert. Wenn sogar zwischen Gentlemen Abkommen zu Bruche gehen, so muss das Resultat von Allianzen und Geschäften zwischen Bösewichten, für die das einzige Gesetz aus Betrug und Rache besteht, noch viel schlimmer sein. Dies bezeugt eine Kette von Skandalen, die wir aufgezeigt haben und die nur die Spitze des Eisbergs sind, welcher der Präsident Uribe zu verdecken versucht. Das Gesicht des Staatsanwaltes war Mitleid erregend, als dieser im Fernsehen auftreten musste um die

⁵ ONIC. INIPU. Boletín del Consejo Nacional Indígena de Paz. No. 16, Bogotá, sept. 2006. pág. 7.

⁶ ONIC-SUIPPCOL. "Pueblos Indígenas afrontan una grave crisis humanitaria y de derechos humanos". Bogotá, septiembre 2006.

⁷ ONIC. Misión Internacional de Verificación sobre la situación humanitaria y derechos humanos de los pueblos indígenas de Colombia. 28 sept. de 2006. pág. 5.

Soldaten zu verteidigen, welche in den Skandal um die falschen Erfolgsmeldungen verwickelt waren, zu einem Zeitpunkt als der Armeekommandant sich schon für besagte Unregelmässigkeiten entschuldigt hatte.

Wird der Teflon-Effekt des Präsidenten Uribe all diesen, für die Regierungslegitimität vernichtenden Skandalen, standhalten können?

Wird das Gezänke um die „*schmutzige Wäsche*“ dazu führen, dass ein paar Wahrheiten über die Morde an all den Indigenen bekannt werden, wie es mit dem Fall der Kankuamos durch den Paramilitär Jorge 40 geschah, welcher von den Politikern so innig empfangen wurden am Tag als er die Waffen niederlegte?